

## Niederschrift

### öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 18.04.2018  
**Sitzungsbeginn:** 17:06 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:15 Uhr  
**Raum, Ort:** Großer Sitzungssaal des Rathauses, 46325 Borken

#### Anwesend sind:

#### Vorsitzende/r:

Schulze Hessing, Mechtild, Bürgermeisterin

#### CDU:

Aehling, Bernadette

Borchers, Harald

Börger, Hubert stv. Ausschussvorsitzender

Fellerhoff, Juergen

Flasche, Bernd

Keller, Viktoria

Klöpper, Hendrik

Kohlruss, Günter

Niehoff-Elsing, Birgitta

stellv. für Stv. Tautz  
bis einschl. TOP 3

Queckenstedt, Klaus

Richter, Frank

#### SPD:

Eggern, Dieter

stellv. für Stv. Biela

Kindermann, Evegret

Kindermann, Kurt

Niemeyer, Jürgen

#### UWG:

Spangemacher, Christoph

stellv. für Stv. Ebbing

Weddeling, Heinrich

stellv. für Stv. Koop

#### Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja

Wingerter, Sigrid

bis einschl. TOP 3



- 5.1 Radel die 67
- 5.2 Gemeinsam für Nachhaltigkeit
- 5.3 Einigung im Tarifstreit
- 5.4 Änderung Teilhabe- und Integrationsgesetz
- 5.5 Breitbandausbau
- 6 Anfragen an die Verwaltung
- 6.1 Anfrage B`90/DIE GRÜNEN: Osterfeuer

-

## Öffentlicher Teil

### zu 1 Eröffnung der Sitzung

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie schlägt vor, die Tagesordnung um den neuen Tagesordnungspunkt 3 „Großbrand bei Borchers“ zu erweitern. Der Wunsch sei auch bereits von Herrn Richter, Herrn Kindermann und in Form einer schriftlichen Anfrage der GRÜNEN geäußert worden.

Der Erweiterung wird zugestimmt.

### zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

---

Keine.

### zu 3 Großbrand Firma Borchers

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** begrüßt Frau Dr. Wies und Herrn Decher von der Abteilung Umwelt und Arbeitsschutz der Bezirksregierung Münster. Weiter begrüßt Sie Herrn Döking und Herrn Sobbe von der Feuerwehr der Stadt Borken.

**Herr Döking** und **Herr Sobbe** berichten anhand der als Anlage 01 beigefügten Präsentation über den Ablauf des Brandes und über in den vergangenen Jahren durchgeführte Brandschauen bei der Firma Borchers.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** weist darauf hin, dass die gesetzlich vorgeschriebene Zeitspanne für eine Überprüfung sechs Jahre betrage. Nach dem Brand bei der Firma Borchers im Jahre 2016 habe die Stadt Borken in enger Abstimmung mit der Bezirksregierung gestanden und die Zeitspanne reduziert. Daher hätten bereits in den Jahren 2016, 2017 und 2018 wieder Brandverhütungsschauen stattgefunden.

Viele Mängel seien durch die wiederholten Brandschauen bereits beseitigt worden. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass das Ausmaß des Brandes ohne die außerplanmäßig durch die Feuerwehr Borken durchgeführten Brandschauen wesentlich schlimmer gewesen wäre.

**Herr Sobbe** ergänzt, dass dadurch der Brand überhaupt erst beherrschbar gewesen sei.

**Stv. Richter** erkundigt sich nach den Begründungen für die Verlegung der Brandverhütungsschauen.

**Herr Sobbe** antwortet, dass seitens der Firma Borchers immer ein adäquater Ansprechpartner vor Ort sein müsse. Zu allen Terminen sei das nicht möglich gewesen, weshalb Brandschauen teilweise verlegt werden mussten.

**Stv. Richter** fragt, wann das Feuer tatsächlich ausgebrochen und ob seitens der Firma Borchers versucht worden sei, den Brand selbst zu löschen.

**Herr Döking** antwortet, dass dieses derzeit nicht zu belegen sei. Er könne aufgrund der Größe des Brandes bei Eintreffen der Feuerwehr nur vermuten, dass der Brand sehr spät oder zu spät gemeldet worden sei. Beim Antreffen der Feuerwehr hätten Mitarbeiter/innen der Firma Borchers bereits mit Wasserschläuchen versucht, das Feuer zu bekämpfen.

**Stv. Richter** erkundigt sich, in welcher Höhe die Messungen der Luftwerte vorgenommen worden seien.

**Herr Döking** sagt, die Messungen hätten auf dem Boden stattgefunden.

**Stv. Richter** bittet darum, die Kosten des Einsatzes und die Folgewirkungen des Brandes aufzuarbeiten und der Politik zu gegebener Zeit nachzureichen. Fraglich sei auch, ob der Brand- oder Feuerschutzversicherung die festgestellten Mängel bekannt seien und wer die Kosten zahlen müsse.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** informiert, dass nun gemeinsam mit der Bezirksregierung und der Polizei alles genau untersucht werde. Der besondere Löschmitteleinsatz gehe voraussichtlich auf Kosten des Betriebes. Ebenso hätte die gezielt gesteuerte Sonderentsorgung der Verursacher zu zahlen.

**Fr. Dr. Wies** teilt mit, dass die Firma Borchers nicht groß genug für eine eigene Werksfeuerwehr sei. Sie erläutert das Vorgehen bei der Bezirksregierung für Anlagen wie die der Firma Borchers. Die Anlage bei Borchers sei immissionsschutzrechtlich freigegeben worden. Sie betont, dass nicht nur genehmigt, sondern auch überwacht werde. Man sei häufiger vor Ort gewesen als üblicherweise. Der erneute Brand löse jetzt die Frage nach der Zuverlässigkeit des Betreibers aus. Die personelle Ausstattung, die Menge der Lagerung und weitere Details seien zu klären. Man müsse die Konsequenzen ziehen und für die Firma Borchers mehr als nur die Standard-Maßnahmen fordern.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** weist darauf hin, dass man aufgrund der guten Wetterlage und der Thermik noch Glück gehabt habe. Darauf könne man in Zukunft nicht hoffen.

**Technischer Beigeordneter Kuhlmann** ergänzt, dass bei so einem Brand auch zu klären sei, wohin das Wasser ablaufe, das eventuell belastet sei. Es sei zu verhindern,

dass dieses in die Umwelt und die Gewässer laufe. Er betont, dass es eine gute Zusammenarbeit des Kreises Borken mit der Kläranlage gegeben habe. Auch die Firma Garvert sei die ganze Nacht mit vier Fahrzeugen im Einsatz gewesen, um die Mengen an Wasser und Schaum umzuschichten. Im Misch- und Ausgleichsbecken der Kläranlage würden nun die Abwasser analysiert.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich aufgrund der Erfahrung der Feuerwehr, ob Pressgut schnell anfange zu brennen und wie sich das Feuer ausgebreitet haben könnte.

**Herr Döking** antwortet, dass man zwischen der Ausbreitung des Brandes und der Entstehung unterscheiden müsse. Genaue Aussagen über die Ausbreitung und Entstehung könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht zuverlässig machen. Hierzu seien weitere Überprüfungen erforderlich.

**Stv. Kindermann** erinnert daran, dass vor zwei Jahren über einen Sicherheitsingenieur bei Borchers gesprochen worden sei.

**Herr Sobbe** entgegnet, dass die Firma Borchers überlege, einen Externen mit dieser Aufgabe zu beschäftigen, derzeit liefen die Sicherheitsvorkehrungen in Eigenregie.

**Stv. Kindermann** fragt, ob gemäß Brandschutzkonzept die erlaubte Lagerhöhe und -menge überschritten worden sei.

**Herr Döking** antwortet, dass er dies nicht genau sagen könne. Er gehe aber davon aus, dass die Höhe eingehalten worden sei.

**Stv. Kindermann** möchte weiterhin wissen, ob die Mitarbeiter den Brand bei Entdeckung selber löschen dürften.

**Herr Döking** antwortet, dass im Optimalfall der Brand selber gelöscht werden könne. Wenn es jedoch kritisch sei, dann sei sofort die Feuerwehr zu alarmieren.

**Stv. Kindermann** regt an, aufgrund der Erfahrungen von Montag noch größere Schneisen zwischen dem Lagergut zu fordern.

**Herr Döking** informiert, dass die Lagerrichtlinien vorgeschrieben seien. Man könne nur Empfehlungen aussprechen, aber nicht fordern.

**Fr. Dr. Wies** ergänzt, dass bei dem Gespräch im März die Schneisen den Vorschriften entsprochen hätten. Ob dies am Montag immer noch der Fall gewesen sei, könne man nicht wissen. Es sei zu prüfen, ob es reiche, die Richtlinien einzuhalten oder ob mehr gefordert werden könne.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich nach dem späten Alarm am Montag Abend und woher man wisse, was zu tun sei.

**Her Döking** teilt mit, dass erst letzten Monat die Erklärung des Sirenenalarms in der Zeitung gestanden hätte. Beim Ertönen der Sirene sei das Radio einzuschalten.

**Stv. Kindermann** fragt außerdem, was nun mit dem Betrieb passiere, nachdem immer wieder Mängel festgestellt worden seien.

**Stv. Wingerter** weist darauf hin, dass die GRÜNEN auch eine Anfrage zu diesem Thema an die Verwaltung gerichtet hätten.

Sie würdigt den Einsatz aller Beteiligten, regt jedoch auch an, dass die Mängel durch die Aufsichtsbehörde kontrolliert werden müssten. Sie erkundigt sich, welche Maßnahmen jetzt ergriffen werden könnten.

**Fr. Dr. Wies** antwortet, dass die Firma Borchers schon vorher intensiver als üblich kontrolliert worden sei. Es seien bereits Zwangsgelder angedroht worden. Es habe sich in den letzten Jahren auch bereits eine Verbesserung gezeigt, die jedoch nur sehr langsam vorangehe. Jetzt werde unter anderem eine Zuverlässigkeitsprüfung durchgeführt. Es sei aber zu beachten, dass die rechtlichen Hürden sehr hoch seien. Sie ergänzt, dass seitens der Bezirksregierung oft unangemeldet Umweltinspektionen durchgeführt worden seien. Die entsprechenden Berichte seien auf der Internetseite der Bezirksregierung zu finden.

**Stv. Niemeyer** erkundigt sich, wer die Feuerwehr alarmiert habe.

**Herr Döking** antwortet, dass ihm bisher nur ein Name und eine Handynummer bekannt seien. Ob es sich um einen Mitarbeiter der Firma Borchers handle, sei noch nicht geklärt.

**Stv. Niemeyer** teilt mit, dass der Bericht im Radio bezüglich des Sirensignals sehr spät gekommen sei. Die Warn-App NINA habe jedoch ausgezeichnet funktioniert.

**Stv. Flasche** wünscht sich seitens der Bezirksregierung eine Überprüfung, ob es arbeitsschutzrechtliche Auffälligkeiten bei der Firma Borchers gegeben habe. Es sei nachzuschauen, ob die Arbeitgeberpflichten eingehalten worden seien. Auch weitere Gesetze wie das Abfallschutzgesetz sollten überprüft werden.

**Fr. Dr. Wies** sagt eine Prüfung auch in Bezug auf den Arbeitsschutz zu.

**Stv. Kohlruss** erkundigt sich, welche Fläche gebrannt habe und in welcher Höhe eine Lagerung erlaubt sei.

**Herr Döking** bestätigt seine Schätzung vom Montag, dass eine Fläche von 100 x 100 m, demnach 10.000 m<sup>2</sup>, gebrannt hätten.

**Fr. Dr. Wies** teilt mit, dass die Kunststoff-Lagerrichtlinie eine maximale Höhe von 4 m vorsehe. Die Tonnage sei für den Bereich des Rohstoffballenlagers auf 2000 Tonnen begrenzt.

**Stv. Kohlruss** erkundigt sich, wie schwer ein Ballen sei und welche Ausmaße er habe. Fraglich sei, welche Tonnage dort wirklich gelagert worden sei.

**Fr. Dr. Wies** informiert, dass die genehmigten Lagermengen im März nicht überschritten worden seien. Ob dies am Montag ebenfalls eingehalten worden sei, müsse überprüft werden.

**Stv. Kohlruss** weist darauf hin, dass der Betreiber davon ausgehe, Teppichfasern hätten den Brand verursacht. Er fragt sich, wieso diese dann dort gelagert würden und wie hoch die Flammtemperatur des Materials sei.

**Herr Döking** antwortet, dass es sich um ein Materialgemisch handle und man nur Mutmaßungen anstellen könne. Die Flammtemperatur könne bei 600 – 800 Grad erreicht sein.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** teilt mit, dass, nach Auskunft des Geschäftsführers, Herr Strotmeier, Borchers die Ballen nicht verkaufe, sondern für deren Entsorgung bezahlen müsse. Die Zementindustrie nehme die Ballen gegen Entgelt ab.

**Stv. Fr. Kindermann** fordert, dass die Firma Borchers mit offenen Karten spielen müsse, da sie die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger trage. Die Bevölkerung dürfe nicht gefährdet werden. Eventuell sei mit Stilllegung zu drohen.

**Stv. Wingerter** stimmt Stv. Fr. Kindermann zu. Man müsse Borchers freundlich aber bestimmt auf die Missstände hinweisen.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** ergänzt, dass die Stadt, wie in den letzten Jahren schon, ganz klar Position beziehen werde und der Brand mit allen gemeinsam aufgearbeitet werden müsse.

**Stv. Kindermann** bittet um Klärung, ob es einen Sicherheitsbeauftragten bei Borchers gebe. Nach Klärung der Einzelheiten schlage er eine Sondersitzung im Vennehof vor, um die Öffentlichkeit zu informieren.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** verspricht eine fortlaufende Information. Abschließend bedankt Sie sich bei allen Beteiligten und lobt die Zusammenarbeit aller Beteiligten, die bei dem Einsatz bestens funktioniert habe.

**Herr Döking** bestätigt, dass auch aus Sicht der Feuerwehr immer auf Augenhöhe mit dem Verwaltungsvorstand und Fachbereichsleiter Terwolbeck zusammengearbeitet werde.

#### **zu 4      Neukonzeptionierung des Gründerzentrums Borken** **Vorlage: V 2017/337**

---

**Stv. Kindermann** merkt an, dass er das Gründerzentrum für wichtig halte. Er erkundigt sich nach dem bisherigen Erfolg und wie viele Firmen bereits dort untergebracht waren. Außerdem möchte er wissen, ob Unternehmen, die das Gründerzentrum zur Sondierung des Marktes nutzen, den gleichen Mietpreis zu zahlen hätten.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** führt aus, dass eine breite Zielgruppe angesprochen werden solle. Junge Unternehmen und Existenzgründer/innen stünden im Vordergrund. Es sei angedacht, für Unternehmen, die bereits länger am Markt tätig seien, einen höheren Mieteinstiegspreis zu vereinbaren. Im Hinblick auf die Auslastung führt sie aus, dass das Gründerzentrum bisher 18 Mieter/innen gehabt habe, deren Erfolgsgeschichten völlig unterschiedlich verlaufen seien.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich nach einer Staffelung der Mietpreise.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** informiert, dass es eine Staffelung früher schon gegeben habe. Diese habe man jedoch wegen der mit der Größe der Büros am jetzigen Standort einhergehenden hohen und nicht zielgruppengerechten Mieten ausgesetzt. In Zukunft solle eine Staffelung wieder eingeführt werden, um den gewünschten Umschlag zu erzielen.

**Stv. Kindermann** berichtet von einem anderen Gründerzentrum, das nach außen hin wie eine Firma wirke und in dem ein fester Ansprechpartner vor Ort sei.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** antwortet, dass die Betreuung des Gründerzentrums weiterhin bei der Wirtschaftsförderung der Stadt Borken liege. Personal werde vor Ort nicht vorgehalten.

**Stv. Kindermann** erkundigt sich, ob die sanitären Anlagen behindertengerecht seien.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** antwortet, dass die Barrierefreiheit bei der Vermieterin angesprochen werde.

**Stv. Kindermann** teilt mit, dass er den Begriff „Gründerzentrum“ gut finde und dieser nicht geändert werden solle.

**Stv. Keller** ergänzt, dass sie das neue Konzept sehr gut und innovativ finde. Sie schlage einen anderen Namen für das Gründerzentrum vor, der die jungen Leute mehr anziehe. Es solle jedoch trotzdem erkennbar sein, dass die Stadt Borken mit dem Gründerzentrum verankert sei.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** antwortet, dass durch eine neue Namensgebung und ein neues Marketing möglicherweise neue Zielgruppen angesprochen werden könnten.

**Stv. Niemeyer** erkundigt sich, was mit dem alten Gebäude passiere.

**Fachbereichsleiterin Hoffboll** teilt mit, dass es dazu noch keine Informationen gebe.

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Borken:

Der Rat begrüßt die Neukonzeptionierung des Gründerzentrums Borken am neuen Standort bei NETGO.

Der Rat der Stadt Borken nimmt zur Kenntnis, dass im Falle einer Neukonzeptionierung des Gründerzentrums die Geschäftsführung die zweite noch nicht eingebrachte Hälfte des Stammkapitals in Höhe von 30.000 Euro von der Stadt einfordern wird und in diesem Fall Mittel in Höhe von 30.000 Euro in die Haushaltsplanung 2019 aufzunehmen sind. (Notwendigkeit ergibt sich aus Beschlussfassungen des Rates in 2009 und 2011)

Weiterhin beabsichtigt der Rat, mit den Haushaltsplänen 2019 bis 2021 für die Finanzplanung des Jahres 2022 Mittel in Höhe von bis zu 30.000 Euro für die weitere Liquiditätssicherung zu veranschlagen und je nach Bedarf und Finanzlage der GmbH die benötigten Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 Euro mit dem Haushaltsplan 2022 bereitzustellen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme

## **zu 5      Mitteilungen der Verwaltung**

---

Siehe Unterpunkte.



### **zu 5.1 Radel die 67**

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** informiert über die Aktion „Radel die 67“ am 06. Mai 2018. Es werde viele Angebote einschließlich Kinderbelustigung und Catering geben. Die Veranstaltung finde im Rahmen des Stadtradelns statt. Sie lädt herzlich dazu ein.

### **zu 5.2 Gemeinsam für Nachhaltigkeit**

---

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** weist auf die Veranstaltung „Gemeinsam für Nachhaltigkeit“ am 25.04.2018 in Gemen hin. Sie wünsche sich mehr Beteiligung seitens der Ratsmitglieder.

### **zu 5.3 Einigung im Tarifstreit**

---

**Erster Beigeordneter Nießing** teilt mit, dass es eine Einigung im Tarifstreit gegeben habe. Ab dem 01.03.2018 sei eine Erhöhung um 3,2 %, und nicht wie bisher angenommen um 2,5 %, vereinbart worden. Inklusive der Einmalzahlungen ergebe sich für die Stadt Borken daraus ein nicht eingeplanter Mehraufwand in Höhe von 120.000 €.

### **zu 5.4 Änderung Teilhabe- und Integrationsgesetz**

---

**Erster Beigeordneter Nießing** teilt mit, dass das Land im Rahmen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes 2 Mrd. Euro erhalte. Die Landesregierung habe nun beschlossen, den Kommunen 100 Mio. Euro davon zur Verfügung zu stellen. Für die Stadt Borken bedeute dies einen Betrag in Höhe von 248.000 Euro.

### **zu 5.5 Breitbandausbau**

---

**Erster Beigeordneter Nießing** informiert, dass am 24.04.2018 eine Entscheidung über die Förderung des Breitbandausbaus im Außenbereich getroffen werde.

## **zu 6 Anfragen an die Verwaltung**

---

Siehe Unterpunkt.

### **zu 6.1 Anfrage B`90/DIE GRÜNEN: Osterfeuer**

---

**Erster Beigeordneter Nießing** teilt mit, dass in Borken 108 Osterfeuer angemeldet worden seien. Es weist darauf hin, dass es sich laut der Definition von Osterfeuern als

Brauchtumsfeuer nicht bei allen angemeldeten Osterfeuern tatsächlich um ein Brauchtumsfeuer handle. Die Rechtsgrundlage liege dann nicht im § 7 LImSchG, sondern in der Allgemeinverfügung zur Verbrennung von Schlagabraum im Gebiet der Stadt Borken.

Er führt weiter aus, dass in diesem Jahr erstmals auch Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt worden seien. Dabei seien bei ca. der Hälfte nicht alle Regelungen eingehalten worden. Insbesondere die Umschichtung und die Einhaltung von Mindestabständen sei überprüft worden. Sanktioniert würden die Verstöße in diesem Jahr nicht.

**Bürgermeisterin Schulze Hessing** ergänzt, dass die Anzahl der Osterfeuer in den letzten Jahren immer weiter zugenommen habe. Dies sei auch in den Nachbarkommunen der Fall.

**Fachbereichsleiter Terwolbeck** führt weiter aus, dass es keine Vorkommnisse gegeben habe. Die Betreiber seien alle darauf hingewiesen worden, welche Regelungen eingehalten werden müssten. Dafür habe jeder unterschrieben. Auf Sanktionen solle im ersten Schritt verzichtet werden, vielmehr solle das Gespräch mit den Betreibern gesucht werden. Er ergänzt, dass es sicherlich auch noch unangemeldete Osterfeuer gegeben habe.

gez.  
Mechtild Schulze Hessing  
Bürgermeisterin

gez.  
Judith Linvers  
Schriftführerin